

Antrag A 25 Antragsteller: AK Umwelt & Energie

Betreff: Mikroplastik

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1. Sogenanntes „Mikro-Plastik“ in Kosmetikartikeln wie Gesichtspeelings oder Zahnpasta, in Weißmachern, in Scheuermitteln und in anderen Produkten, welche nach ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung in die Abwassersysteme abgeleitet werden, sollen gesetzlich deutschland- und europaweit verboten werden.**
- 2. Bundes- und Landesverkehrsministerium sollen ein Konzept zur flächendeckenden Verbesserung der Straßenabläufe entwickeln.**

Begründung:

1. Bereits im Jahr 2013 hat die CDU Bodenseekreis das Thema aufgegriffen und sich beim Bezirksparteitag für ein Verbot ausgesprochen. Es folgten vielfache erfolgreich verabschiedete Anträge mit gleicher Zielrichtung auf verschiedenen Ebenen – auch in den Folgejahren. Die CDU Bodenseekreis hat damit eine Vorreiterrolle in ganz Deutschland eingenommen. Aufgrund des Trinkwasserspeichers Bodensee mit seinem sensiblen Ökosystem hat die Bodenseeregion auch ein besonderes Interesse an der Thematik.

Tatsächlich kam in der Folgezeit auch politische Bewegung in die Thematik. Der vom Bundesumweltministerium aufgenommene „Kosmetikdialog“ sah eine Selbstverpflichtung der Kosmetikhersteller vor, freiwillig auf Mikroplastik in ihren Produkten zu verzichten. Eine Momentaufnahme zeigt jedoch, dass dieser freiwillige Verzicht nur unzureichend erfolgt ist. Dies insbesondere bei Mikroplastik in Gel-, Wachs- und Flüssigform. Auch sind andere Produkthersteller abseits der Kosmetika vernachlässigt worden. Es ist daher nun endgültig gesetzlich nachzusteuern.

2. Jeder Deutsche emittiert im Durchschnitt jährlich eine sogar 65-fach größere Menge Mikroplastik durch den Abrieb von Reifen als durch die Verwendung von Produkten aus der Abteilung Haar-, Haut- und Gesichtspflege. Diese Problemquelle ist bislang vernachlässigt worden.

Vor allem verbesserte Straßenabläufe sind deshalb immens wichtig: Kläranlagen können Mikroplastik in fester Form schon sehr gut zurückhalten, weshalb der immense Gummiabrieb auf den Straßen in die Abwassersysteme eingeleitet werden sollte, anstatt in die Natur zu gelangen.